

Einführendes Statement

von

Staatsminister Dr. Werner Hoyer MdB

anlässlich der
Podiumsdiskussion

**„In Zukunft Frieden ...
Feinde von gestern – Partner von morgen“**

der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO)

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Köln, 18. Mai 2011

[Anrede,]

Es ist mir eine große Freude, heute Nachmittag bei Ihnen zu sein. DINO – die Deutsche Initiative für den Nahen Osten – hat sich als ein Forum etabliert, dessen Stimme im In- und Ausland Gehör findet. Das liegt vor allem an den Menschen, die hinter DINO stehen. Sie alle stellen ihre langjährige Erfahrung und ihre zahlreichen Kontakte in der Region in den Dienst eines verantwortungsvollen und ausgewogenen nahostpolitischen Engagements.

Der gute Ruf von DINO hat aber auch damit zu tun, dass DINO neben den politischen Fragen des Nahostkonflikts stets den Blick der Öffentlichkeit auf die Menschen in der Region und ihre konkrete Lebenssituation richtet. Dafür gilt Ihnen mein Dank und meine Anerkennung.

Der zivilgesellschaftliche Dialog ist elementarer und unverzichtbarer Bestandteil unserer bilateralen Beziehungen mit der Region, besonders mit Israel. Pflege und Ausbau dieses Netzwerks verlangen Einsatz, langen Atem, Realismus und Fingerspitzengefühl. DINO ist hierfür sehr gut aufgestellt und kann wichtige Impulse geben. Ich möchte daher deutlich sagen: Die Bundesregierung steht Ihnen dabei weiterhin gerne beratend zur Seite.

[Anrede,]

„In Zukunft Frieden“ – der Leitgedanke der heutigen Podiumsdiskussion bringt die nahostpolitischen Ziele der Bundesregierung auf den Punkt. Ich würde ergänzen: hoffentlich „in – naher – Zukunft“.

Wenn wir uns heute über den Nahen Osten unterhalten, so geht dies nicht ohne einen Blick auf den so genannten „Arabischen Frühling“. Die Region erlebt eine historische Zäsur. Die politischen und gesellschaftlichen Strukturen ändern sich grundlegend. Die Auswirkungen sind von globaler Bedeutung.

Der demokratische Wandel in Nordafrika und dem Nahen Osten ist zuallererst der Verdienst und die Angelegenheit der Menschen. Sie haben Veränderungen erzwungen und sie sind weiter gefordert, ihren Weg in eine freiere und bessere Zukunft zu gestalten.

Wir unterstützen mit Nachdruck Tunesien und ganz besonders Ägypten, ein Schlüssel-land für die Region, damit die anspruchsvollen Veränderungen besser gemeistert werden können. Projekte zur Entwicklung politischer Parteien, der Zivilgesellschaft und der Medien sind angelaufen. Deutsche Unternehmen haben gemeinsam mit den Handelskammern damit begonnen, möglichst schnell möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen.

Auf unsere Initiative bietet die Europäische Union reformwilligen Ländern in der Region Partnerschaften an. Wir haben durchgesetzt, dass die verfügbaren Mittel künftig vor allem diejenigen erreichen, die mutig voranschreiten. Wir sind überzeugt, dass Demokratien letztlich die besseren Partner sein werden.

Bei all unseren Bemühungen in dieser Phase des Umbruchs steht immer auch die Frage im Raum: Welche Folgen hat dies für Israel und für den Nahost-Friedensprozess?

Zwei Punkte sind klar:

1. Die historischen Veränderungen dürfen nicht zu einem Weniger an Sicherheit für Israel führen. Darauf wollen wir besonders achten. Israelische Bedenken in diese Richtung nehmen wir sehr ernst.
2. Die historischen Umwälzungen machen Fortschritte im Friedensprozess dringlicher denn je.

Als Teil der Region ist Israel besonders gefordert. Verharren und Zuwarten wäre angesichts des tiefgreifenden Wandels und der immensen Herausforderungen die schlechteste aller Optionen. Ich sehe v.a. zwei Bereiche, in denen ISR einen wichtigen Beitrag leisten kann:

- die Beziehungen zu Ägypten und Jordanien, und

- den Nahostfriedensprozess.

1. Ägypten und Jordanien sind für ISRs Sicherheit von herausragender strategischer Bedeutung. Fortschreitender demokratischer Wandel aber wird beide auch zu anspruchsvolleren Partnern für ISR machen.

ISR sollte daher aktiv auf Kairo und Amman zugehen, im gemeinsamen Interesse den Austausch zu den für beide Seiten wichtigen Fragen suchen und Angebote für die Zukunft der Beziehungen machen.

2. Der Nahostfriedensprozess liegt auf Eis. Der Stillstand muss rasch überwunden werden.

Der September rückt näher – das Zieldatum, das sich Israelis und Palästinenser letztes Jahr in Washington für den Abschluss eines Rahmenabkommens selbst gesetzt haben. September ist auch der Termin, zu dem der Zwei-Jahres-Plan Premierminister Fayyads zum palästinensischen Staatsaufbau auslaufen wird. Zudem hat die palästinensische Seite angekündigt, die Vereinten Nationen anzurufen. Ohne eine politische Perspektive droht eine sehr schwierige Situation.

Unilaterale Schritte, egal von welcher Seite, lehnen wir ab, das haben wir immer betont. Sie bergen gefährliches Eskalationspotential und lösen keine der Kernfragen des Konflikts. Einseitige Ausrufungen und Anerkennungen werden uns dem Frieden nicht näher bringen. Anders als in den Medien zu lesen war, gibt es in dieser Frage übrigens keinen Dissens mit Paris und London. Alle drei Regierungen setzen auf den Verhandlungsweg.

Was also tun? Es gibt meines Erachtens nur eine Antwort: ernsthaft über alle sogenannten Endstatusfragen verhandeln. Aus Sicht der Bundesregierung sind klare Parameter die Voraussetzung für die Rückkehr zu substanziellen Direktgesprächen und deren Erfolgsaussichten. Hierzu haben wir in enger Abstimmung mit FRA und GBR unsere Vorstellungen formuliert (Erklärung im VN-SR vom 18.02.). Dazu hat sich auch die EU in Ratsschlussfolgerungen wiederholt positioniert.

Israel sollte die Initiative ergreifen und seine Vorstellungen klar formulieren. Die Rede PM Netanyahus in Washington böte die Gelegenheit, eine neue Perspektive zu eröffnen. Das umgehende Ingangsetzen eines politischen Prozesses ist in Israels Interesse und der richtige Weg, um die hohen Septemberklippen zu umschiffen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Siedlungsproblematik relevant. Im Sicherheitsrat kam es im Februar zur Abstimmung einer Resolution in der Sache. DEU hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und schließlich in enger Abstimmung mit GBR und FRA mit "Ja" gestimmt. Der Siedlungsbau ist unseres Erachtens eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu Friedenslösung. Er kann eine Zwei-Staaten-Lösung schon bald unmöglich machen und muss aufhören.

Wir wissen: Israel betrachtet die Veränderungen in der Region mit Sorge und zögert. Zurückhaltung birgt jedoch weitaus größere Risiken als zielgerichtetes politisches Handeln.

In diesen Kontext gehört auch die überraschend zustande gekommene Aussöhnung zwischen Hamas und Fatah. Auch sie ist zunächst einmal eine Konsequenz aus dem „Arabischen Frühling“ und entspricht dem Willen der Palästinenser in der Westbank und in Gaza. Dieser Schritt bedeutet eine Chance für das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung. Klar aber ist: Auch eine neue Regierung muss der Gewaltfreiheit und einer verhandelten Friedenslösung mit Israel verpflichtet sein. Die Substanz der Quartettkriterien steht nicht zur Disposition.

Wir dürfen nicht naiv sein in Bezug auf die Hamas. Wir sollten aber eine neue Regierung, sofern sie unter der Ägide Präsident Abbas' als Technokratenregierung zustande kommt, an ihren Taten messen. Vorschnelle Festlegungen halte ich aber nicht für hilfreich.

Niemand wird heute eine Prognose darüber wagen, wie sich die Lage in der Region über die nächsten Monate entwickeln wird. Gelingt der demokratische Wandel in Ägypten? Was geschieht in Jordanien? Wie entwickelt sich die besorgniserregende Lage in Syrien? Kann Iran die fragile Umbruchphase für sich nutzen?

Fortschritte im Nahost-Friedensprozess wären gerade angesichts der vielen offenen Fragen ein wichtiger positiver Impuls für die gesamte Region. Ich bin überzeugt, dass wir alle die aktuellen Ereignisse als Ansporn nehmen müssen.

Wir unterschätzen nicht die Herausforderungen, denen sich ISR gegenüber sieht. Vergessen wir aber nicht: Nur eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung bietet langfristig Sicherheit für Israel. Und nur sie kann die wichtigen historischen Errungenschaften von 1948 wahren: den Charakter Israels als jüdischer und demokratischer Staat.

Die internationale Gemeinschaft, das Nahostquartett, die EU und auch Deutschland stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir haben unsere Vorstellungen und Angebote in Erklärungen und Ratsschlussfolgerungen der EU geäußert. Nun ist es an den Parteien, mit Realismus, Pragmatismus und einem Sinn für die Bedürfnisse und roten Linien des jeweils anderen voran zu gehen.

[Sofern Zeit für Anmerkungen zu den bilateralen Beziehungen ISR und PSE:]

Unsere bilateralen Beziehungen zu Israel sind einzigartig und alles andere als selbstverständlich. Wir haben mit der unmissverständlichen Annahme unserer Verantwortung für die Vergangenheit das Fundament für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft gelegt.

Heute sind unsere Beziehungen auf die Zukunft ausgerichtet, dies zeigen die Themen der Regierungskonsultationen, die dieses Jahr im Januar bereits zum dritten Mal stattfanden. Wir haben den Ausbau unserer Zusammenarbeit beim Klimaschutz, bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, bei Wissenschaft und Forschung, bei Bildung und beim Jugendaustausch vereinbart. Wir wollen noch in diesem Jahr ein Regierungsabkommen zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der industriellen Forschung und in der Berufsbildung unterzeichnen.

Aber auch mit der palästinensischen Seite haben wir eine sehr enge Zusammenarbeit etabliert. Seit langem unterstützen wir den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen, ohne die eine Zwei-Staaten-Lösung nicht möglich wird. Mit der Einrichtung des deutsch-palästinensischen Lenkungsausschusses heben wir die positiven Leistungen der

Regierung Fayyad hervor. Zugleich setzen wir ein Signal der politischen Unterstützung für Präsident Abbas, den wir als zuverlässigen Partner Israels für eine Friedenslösung sehen.

Vielen Dank.